

Inhaltsverzeichnis

Besteuerung	2
<i>21.019 Mehrwertsteuergesetz. Teilrevision</i>	2
<i>21.306 Kt. Iv. JU. Internetgiganten sind zu besteuern!</i>	2
<i>21.3240 Po. Schlatter. Auswirkungen der Tech-Giganten auf die Schweizer Wirtschaft. Braucht es neue Regeln?</i>	2

Besteuerung

21.019 Mehrwertsteuergesetz. Teilrevision

Position Swico: Eintreten und die elektronischen Dienstleistungen aus der Vorlage entfernen

Die Teilrevision der Mehrwertsteuer umfasst eine grosse Breite an Änderungen. Die Ausweitung der Mehrwertsteuerrevision auf digitale Dienstleistungen war in der ursprünglichen Vorlage jedoch nicht vorgesehen. Potenziell betroffene Unternehmen hatten somit keine hinreichende Möglichkeit, sich zu den Auswirkungen zu äussern. Die Erweiterung, ohne vorgängige Konsultation, würde zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen und lässt den regulatorischen Eingriff als unverhältnismässig erscheinen. Die Erweiterung der Mehrwertsteuerpflicht auf elektronische Dienstleistungen ist aus der Vorlage auszunehmen.

Stand: Der Ständerat ist der erste Rat, der sich mit der Gesetzesänderung befassen wird.

21.306 Kt. Iv. JU. Internetgiganten sind zu besteuern!

Position Swico: Ablehnung

Mit der OECD-Mindeststeuer besteht bereits ein weit fortgeschrittenes Projekt zur international abgestimmten Besteuerung. Das vorliegende Geschäft ist somit gegenstandslos. International breit abgestützte Steuerprojekte sind einem Schweizer Alleingang vorzuziehen. Zudem ist die vorgesehene Zweckbindung der Mittel kritisch: Es geht nicht an, dass allgemeine Steuereinnahmen als Lösung für eng umrissene wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemherde vorgesehen werden.

Stand: Bereits in der Frühjahrsession des letzten Jahres hatte die kleine Kammer dieser Standesinitiative keine Folge gegeben. Nun wird sich der Nationalrat mit dem Geschäft befassen.

21.3240 Po. Schlatter. Auswirkungen der Tech-Giganten auf die Schweizer Wirtschaft. Braucht es neue Regeln?

Mit diesem Postulat soll der Bundesrat beauftragt werden, einen Bericht vorzulegen, welcher die Auswirkungen der Digitalwirtschaft auf Arbeitsmarkt, Wettbewerb, Verbraucherrechte sowie Besteuerung in der Schweiz aufzeigt. Das Postulat impliziert dabei, dass diese Auswirkungen negativ seien. Entsprechend wird der Bundesrat zusätzlich aufgefordert aufzuzeigen, welche Anpassungen von einschlägiger Regulierung angebracht seien. Der Bundesrat sieht jedoch in seiner Stellungnahme keinen Bedarf für die Ausarbeitung eines solchen Berichts. Weiter verweist der Bundesrat auf bereits laufende Rechtsanpassungen etwa die OECD-Mindeststeuer oder die Revision der Mehrwertsteuer.

Stand: Das Geschäft ist in der kommenden Session im Nationalrat traktandiert.